

Neokoloniale Politik

Zu: „Hype um den Wasserstoff“, FR-Wirtschaft vom 24. November

Im Gastbeitrag spricht die Präsidentin von Brot für die Welt einen ethischen Aspekt zum Wasserstoff-Hype an, der bisher kaum thematisiert wurde, nämlich dass wir „unseren Wohlstand“ mit neokolonialer Industriepolitik gegenüber den Ländern des globalen Südens verteidigen. Ihre zentrale Aussage lautet: „Wir müssen aus eigener Kraft die Energiewende in Deutschland schaffen“, wozu „eine deutliche Reduzierung des Energieverbrauchs“ gehöre.

Leider wird mit dem neuen Koalitionsvertrag ein „Weiter so“ propagiert. Wasserstoff kann aber künftig nur dort eine Rolle spielen, wo andere Energieträger definitiv ausscheiden. Irrsinnig wären hingegen Produktionsmengen, durch die künftig Christian Lindner seinen Porsche mit daraus gewonnenen „klimaneutralen“ synthetischen Kraftstoff betanken kann. Der Koalitionsvertrag postuliert einen „Kampf gegen Hunger und Armut, Klimagerechtigkeit, Biodiversität und für eine sozial-ökologische Wende“. Die hingegen exzessiv im Vertrag aufgeführte Wasserstoffwirtschaft lässt befürchten, dass nichts von dem ernsthaft angegangen werden soll. Das versteht man wohl unter der damit definierten „wertorientierten Entwicklungspolitik“. Karl-Heinz Peil, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/ampelkoalition

Tatsächlich aufgeplustert

„Was soll das?“: „Mega definitiv“, FR-Panorama vom 23.11.

Lieber Eckart Roloff, ja, „warum plustern wir unsere Sprache so auf“? Es gibt noch ein Aufplustern, das ich beobachte. In Interviews, Stellungnahmen ... wird in einem Satz manchmal mehrmals benutzt: „tatsächlich“! Auch nicht ganz neu nach vorne gedrängt. Gabi Bauer, Frankfurt

SORRY

In unserer Kolumne „Dr. Hontschiks Diagnose“ vom 20. November (S.48) haben wir geschrieben, Erika Steinbach habe die Maskenpflicht in der Pandemie mit dem Tragen des Judensterns verglichen. Das ist falsch. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

In unserer beliebten Reihe „Die FR und die Geographie“ gilt es, die Frage zu klären, in welcher Himmelsrichtung Killington von Lake Louise aus gesehen liegt. Die FR schrieb im Artikel „Gemischte Gefühle zum Auftakt“ (29.11., S. S8): 4000 Kilometer westlich. Killington liegt in Vermont, einem der östlichen Bundesstaaten der USA, Lake Louise liegt in Alberta, rund 4000 Kilometer westlich davon. Killington liegt also östlich von Lake Louise.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211129

FR ERLEBEN

Georg Leppert moderiert das FR-Stadtgespräch zur Veröffentlichung der „Frankfurter Tatorte“, dem neuen Heft in der Reihe FR-Geschichte. Auf dem Podium sitzen Polizeihauptkommissarin Anja Lange, der frühere Richter Klaus Drescher und FR-Polizeireporter Oliver Teutsch. Es gelten die 2G-Regeln. Anmeldung: fr.de/anmeldung (Stichwort Tatorte). Livestream: fr.de/eventvideo
Mittwoch, 1. Dezember, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht über die Missstände in der Nahrungsmittelproduktion mit Freddy Adjan, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft NGG. In der Reihe „Göpferts Gäste“. Anmeldung und Videolink über die Website club-voltaire.de
Donnerstag, 2. Dezember, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Im Herbst grüßt wieder das Murmeltier

Zu: „Ethikrat-Vize: Impfpflicht für alle möglich“, FR-Politik vom 25.11., und „Notbremse ziehen“, FR-Meinung vom 27.11.

Ungeimpfte sind Pandemietreiber

Ich habe eine Impfpflicht verneint, doch nun sage ich: Es reicht! Wer sich immer noch einer Impfung verweigert (außer es gibt gesundheitliche Gründe), ist ein Pandemietreiber und potenzieller Kandidat für die Intensivstation. Das verursacht enorme Kosten, die die Beitragszahler zu tragen haben, belastet insbesondere die Kliniken, das Krankenhauspersonal und führt dazu, dass Patienten auf Operationen und Heilung warten müssen. Das ist nicht mehr zu akzeptieren! Pflegekräfte, die sich nicht impfen lassen, müssen aus den Einrichtungen entfernt werden, da sie, wie man nun täglich erfahren muss, eine Bedrohung zumindest in den Alten- und Pflegeheimen sind. Konsequentes Handeln ist erforderlich, um die vernünftige Gesellschaft vor diesen Leuten zu schützen. Ich fordere daher eine allgemeine Impfpflicht, nicht nur für bestimmte Berufsgruppen. Die Politik, die aber auch wirklich alles versaut hat, sollte endlich den Mut aufbringen, Geimpfte vor Ungeimpften zu schützen.

Reinhard Matthies, Pinneberg

Die Ungeimpften werden zu Sündenböcken

3G im Nahverkehr – das ist nun der ultimative Irrsinn unserer Politiker:innen. Wer in einen Bus oder in eine Bahn steigt, benötigt einen Testnachweis. Aber woher bekommt der Bewohner und die Bewohnerin des ländlichen Raumes einen Test? In der Regel müsste er/sie dazu in die nächste Stadt fahren. Das ist nun aber verboten! Auch in Städten liegen die Testzentren nicht so wohnortnah, dass ein Test vor dem Einstieg in den ÖPNV immer gut möglich ist. Ein Fußweg von mehreren Kilometern zum nächstgelegenen Testzentrum, um danach in Bahn oder Bus zu steigen, ist eigentlich kaum zumutbar, zumal für ältere Menschen. Aber es geht ja gar nicht

darum, Menschen zum Testen zu bewegen, sondern sie sollen gezwungen werden, sich impfen zu lassen. Wer aus guten Gründen die Impfung ablehnt, weil sie – wie Hinweise deutlich zeigen – gesundheitlich risikoreich ist und zudem andere kaum vor der Weitergabe des Virus schützt (außer allenfalls eine sehr kurze Zeit direkt nach dem Impftermin), wird aus der Gesellschaft ausgeschlossen. In allen Jahrhunderten gab es in einer Pandemie Sündenböcke und Feindbilder. Heute sind es „die Ungeimpften“.

Thomas Bastar, Hamburg

An Weihnachten gibt es wieder Lockdown, wetten?

Als die Impfzentren geschlossen wurden und einige FDP-Politiker einen „Freedom Day“ feiern wollten, dachte ich: Na, ob das wohl gutgeht? Ich verstehe nicht viel von Viren, Mutationen, mRNA usw.; aber so viel weiß ich: Wenn man im Sommer keinen Schnupfen bekommt, heißt das nicht, dass die Schnupfenviren weg sind! Dieser Einsicht schloss sich kürzlich auch Olaf Scholz an. „Das Virus ist noch unter uns“, sagte er. Und wie!, möchte man ergänzen. Denn diesmal ist es viel schlimmer als im letzten Jahr, und der Winter hat gerade erst begonnen.

Wenn aber eine Pandemie das Gesundheitssystem überfordert, gibt es – da denke ich wieder ganz schlicht – zwei Möglichkeiten: Entweder man bekämpft die Pandemie entschlossen. Das heißt, weil Impfen das einzige wirksame Mittel ist, dass jeder geimpft wird (auch der Herr Kimmich!), auch wenn das eine Einschränkung der persönlichen Freiheit bedeutet. Oder man erhöht die Kapazitäten des Gesundheitssystems (also die Zahl der Intensivbetten) so weit, dass jeder sich frei und unbedrängt entscheiden kann, ob er eventuell auf der Intensivstation um sein Leben kämpfen möchte. Dann sterben zwar weiter viele

an Corona, aber sie blockieren nicht die Betten für andere Schwerkranke! Natürlich geht das nicht von heute auf morgen, und für die vierte Welle kommt das zu spät. Aber für die fünfte, sechste, siebte Welle, die ohnehin Impfpflicht so sicher kommen werden wie der nächste Schnupfen, wären wir dann deutlich besser gewappnet. Und die wertvolle Freiheit der Impfgegner, der Querdenker, der Kimmichs u.a.m. bliebe unangetastet!

Beides ist nicht beabsichtigt. Die wahrscheinlich neue Regierung „fährt auf Sicht“ wie die alte, und sie fährt damit der Pandemie hinterher. Daseinsvorsorge? Nirgends. Man muss kein Pessimist sein, um für Weihnachten einen erneuten Lockdown zu prophezeien. In Österreich ist es schon so weit. So werden die Inzidenzen vermutlich erst im Frühjahr wieder sinken. Und im Herbst grüßt dann das Murmeltier.

Hartwig Cordts, Reinbek

Der Egoismus der Impfskeptiker

Italien, Spanien und Portugal befinden sich in der vierten Welle in einer komfortablen Lage. Sie wundern sich über den genialen Impfstoffentwickler Deutschland mit seinen sonderbaren Impfspektikern. Das Defizit ausgleichen ließe sich nur noch mit einer Impfpflicht. Diese sollten sich zuerst Abgeordnete und Regierungsmitglieder der Länder und im Bund auferlegen. Gleichzeitig müssten alle Pflegekräfte, Kontrollorgane und Lehrberufe zur Impfung verpflichtet werden oder ohne Bezüge freigestellt werden. Italien machte das im Sommer wirkungsvoll vor. Die allgemeine Impfpflicht müsste zeitnah folgen. Durch den Egoismus der Impfskeptiker, aus welchen Gründen auch immer, sterben zu viele, haben zu viele Langzeitfolgen, kollabiert unser bis dato hervorragendes Gesundheitssystem. Rainer Wild, Wunsiedel

Diskussion: frblog.de/impfangst-2

Mit dem verengten Blick des Finanzexperten

CDU-Vorsitz: „Alles oder nichts“, FR-Meinung vom 17. November

In vier Jahren werden CDU/CSU wieder zur Wahl antreten und möglicherweise mit einer Mehrheit den Kanzler stellen. Wer sich dort jetzt um den Parteivorsitz bewirbt, könnte also einmal Kanzler werden und sollte daher für uns alle wählbar sein. Zu den Eigenschaften für dieses Amt gehört, dass der Kandidat den Zusammenhalt aller Bürger sichern und den Gemeinnutz vor die eigenen finanziellen Vorteile stellen kann. Der noch amtierende Gesundheitsminister Jens Spahn, der aufgrund seiner zahlreichen anrüchigen bis 2006 zurückreichenden Geschäfte das notwendige Vertrauen nicht verdient, zog glücklicherweise seine Kandidatur zurück.

Wird es Friedrich Merz, einer der bestvernetzten Wirtschaftsberater und Politiker unseres Lan-

des? Bis 2020 war er Vorsitzender des Aufsichtsrats des deutschen Ablegers von Blackrock, dem größten Geldverwalter weltweit. Der hält allein in Deutschland Anteile an allen größten Aktiengesellschaften. Zusätzlich verfügt Blackrock mit Aladin über das weltweit größte digitale Informationszentrum und wird von Regierungen, Zentralbanken und sogar der EU in Finanzfragen um Rat gefragt. Die politischen Karrieren vieler ehemaliger Blackrock-Führungskräfte lassen nun erkennen, dass ihre dort angeeignete Mentalität bleibt, nämlich die wirtschaftlich höchstmögliche finanzielle Rendite zu erzielen. Politisch ist Merz ist noch immer Vizepräsident des Wirtschaftsrats der CDU, dem sicher einflussreichsten Lobbyverband der deutschen Wirtschaft. Dieses

Lebens- und Berufsbild sollten ihn für das Amt eines deutschen Bundeskanzlers disqualifizieren.

Es kommt hinzu, dass er Umweltverbände zu Gegnern von Demokratie und Marktwirtschaft erklärt und schon mehrfach gefordert hat, die sozialen Leistungen des Staats zu überprüfen. Ein untrügliches Zeichen dafür, dass die politischen und sozialen Belange der Bürger nur zweite oder gar dritte Priorität genießen. Da er keinen Blick hat für die überlebensnotwendigen Veränderungen der Wirtschaft, würde die Nachvolkspartei CDU bleiben, wozu sie sich entwickelt hat: eine Partei für die Konsumgesellschaft. Das Fazit daraus wäre ebenso deutlich: Die uns Bürgern und unseren Nachkommen verpflichtete Demokratie würde zur Oligarchie.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf